

Die Organisationsverfassung der Societas Privata Europaea (SPE)

Bearbeitet von
RA Dr. Andreas Schoenemann

1. Auflage 2014. Buch. 402 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 1445 2
Gewicht: 607 g

Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Gesellschaftsrecht > Europäisches,
Internationales Gesellschaftsrecht

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

71

Andreas Schoenemann

Die Organisationsverfassung der Societas Privata Europaea (SPE)



Nomos

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff

Band 71

Andreas Schoenemann

Die Organisationsverfassung der Societas Privata Europaea (SPE)



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2014

u.d.T.: Die Organisationsverfassung der Societas Privata Europaea (SPE). Vorgaben und Freiräume für die innere Ausgestaltung der Europäischen Privatgesellschaft nach dem Entwurf des Rats der Europäischen Union vom 27. November 2009 – 16115/09 ADD 1

ISBN 978-3-8487-1445-2 (Print)

ISBN 978-3-8452-5491-3 (ePDF)

1. Auflage 2014

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2014. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis	25
Abbildungsverzeichnis	27
Kapitel 1 Einführung	29
A. Das Projekt einer Europäischen Privatgesellschaft: Schaffung einer europäischen Gesellschaftsform für kleine und mittlere Unternehmen	29
B. Organ und Organisationsverfassung	42
C. Ziel und Gang der Arbeit	46
Kapitel 2 Das auf die SPE anwendbare Recht	51
A. Verordnungsrecht als vorrangiges Recht	51
B. Subsidiäre Geltung der Satzung	68
C. Einzelstaatliches Recht	75
Kapitel 3 Die Verwaltung der SPE	81
A. Die »Verwaltung« als Oberbegriff für Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgan	81
B. Dualistische oder monistische Verwaltungsstruktur	82
Kapitel 4 Das Geschäftsführungsorgan	93
A. Stellung des Geschäftsführungsorgans der SPE	94
B. Insbesondere: Die Vertretungskompetenz des Geschäftsführungsorgans	129
C. Innerer Aufbau und Funktionsweisen des Geschäftsführungsorgans	148
D. Abschließendes zum Geschäftsführungsorgan	173
Kapitel 5 Das Aufsichtsorgan	175
A. Beweggründe für die Einrichtung eines Aufsichtsorgans in der SPE	175
B. Normrahmen für das Aufsichtsorgan	177
C. Unabdingbare Wesensmerkmale des Aufsichtsorgans: effektive Kontrolle	178

Inhaltsübersicht

D.	Die Aufgaben des Aufsichtsorgans	183
E.	Verhältnis des Aufsichtsorgans zur Gesamtheit der Gesellschafter	191
F.	Aufbau und Funktionsweisen des Aufsichtsorgans	192
G.	Abschließendes zum Aufsichtsorgan	201
Kapitel 6	Die Einrichtung sonstiger Organe: Beiräte	203
A.	Ausformungen und Grundlagen von Beiräten	203
B.	Einrichtung von Beiräten bei der SPE	204
Kapitel 7	Die Verwaltungsmitglieder	209
A.	Voraussetzungen des Amtes	209
B.	Beginn und Ende des Amtes	227
C.	Amt und Anstellung	230
D.	Faktische Verwaltungsmitglieder	232
E.	Abschließendes zu den Verwaltungsmitgliedern der SPE	246
Kapitel 8	Pflichten und Haftung der Verwaltungsmitglieder	249
A.	Überwiegende Gründe für die Aufnahme von Pflicht- und Haftungstatbeständen in das SPE-Statut	249
B.	Möglichkeiten einer Verordnungsregelung: Die Pflicht- und Haftungstatbestände des Kommissionsentwurfs	253
C.	Zusammenfassung	286
Kapitel 9	Die Verwaltung in besonderen Situationen	289
A.	Liquidation und Insolvenz	289
B.	Fehlen einer (ordnungsgemäßen) Verwaltung	291
Kapitel 10	Die Gesamtheit der Gesellschafter	293
A.	Die »Gesamtheit der Gesellschafter« als Willensbildungsorgan der SPE	293
B.	Zwingende Zuständigkeiten im Rahmen der Willensbildung in Angelegenheiten der Gesellschaft	297
C.	Mehrheitserfordernisse	324
D.	Beschlussverfahren	327
E.	Beschlussmängel und deren Folgen	345
F.	Zusammenfassende Bewertung der Regelungen über die Gesellschaftergesamtheit	368

Kapitel 11	Abschließende Bewertung	371
A.	Auswirkungen der geringen Regelungsdichte	371
B.	Teilweise unklare Terminologie	371
C.	Organe und Organisationsstruktur	372
D.	Das Geschäftsführungsorgan	373
E.	Das Aufsichtsorgan und Beiräte	374
F.	Die Verwaltungsmitglieder	375
G.	Die Gesamtheit der Gesellschafter	376
H.	Zuletzt	377
	Quellen- und Literaturverzeichnis	379

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1	Einführung	29
A.	Das Projekt einer Europäischen Privatgesellschaft: Schaffung einer europäischen Gesellschaftsform für kleine und mittlere Unternehmen	29
I.	Die SPE als »GmbH für Europa«	29
II.	Entwicklung des Projekts einer Europäischen Privatgesellschaft	32
III.	Ergänzung des Gesamtsystems der europäischen Gesellschaftsformen	34
IV.	Ziele der SPE-Verordnung-RE	37
V.	Zu erwartende Erscheinungsformen der SPE und Anforderungen der Adressaten	39
B.	Organ und Organisationsverfassung	42
I.	Der Organbegriff	42
II.	Die Organisationsverfassung	45
C.	Ziel und Gang der Arbeit	46
Kapitel 2	Das auf die SPE anwendbare Recht	51
A.	Verordnungsrecht als vorrangiges Recht	51
I.	Gemeinschaftsrechtliche Auslegung der SPE-Verordnung-RE	52
1.	Wortlaut als Ausgangspunkt der Auslegung	52
2.	Historische Auslegung	54
3.	Systematische Auslegung	55
4.	Teleologische Auslegung	56
5.	Rechtsvergleichende Auslegung	57
II.	Anwendungsbereich der SPE-Verordnung-RE	58
III.	Lückenfüllung und richterliche Rechtsfortbildung in der SPE-Verordnung-RE	62
1.	Lückenfüllung durch Rechtsfortbildung im Gemeinschaftsrecht	63
2.	Regelungslücken in der SPE-Verordnung-RE	65
3.	Instrumente zur Lückenfüllung	67
B.	Subsidiäre Geltung der Satzung	68
I.	Regelungsfreiräume und Regelungsverantwortung der Gesellschafter	69

Inhaltsverzeichnis

1.	Regelungsfreiräume in den Bereichen des Art. 8 Abs. 1 und Abs. 1a i.V.m. Anhang I SPE-VO-RE und darüber hinaus	69
2.	Abgemilderte Regelungsverantwortung	70
II.	Verhältnis der Satzung zum Ordnungsrecht	71
III.	Auslegung der Satzungsbestimmungen	72
IV.	Regelungsfehler in der Satzung und deren Folgen	74
C.	Einzelstaatliches Recht	75
I.	Ermächtigungen an die mitgliedstaatlichen Gesetzgeber	76
II.	Verweisungen in das einzelstaatliche Recht	77
1.	General- und Spezialverweisungen	77
2.	Gesamtnormverweisungen	77
3.	Keine Beschränkung der Verweisungen auf das geschriebene Recht	79
III.	Auslegung nach einzelstaatlichen Grundsätzen	80
Kapitel 3	Die Verwaltung der SPE	81
A.	Die »Verwaltung« als Oberbegriff für Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgan	81
B.	Dualistische oder monistische Verwaltungsstruktur	82
I.	Referenzpunkte für die Einordnung der Verwaltungsstruktur	83
1.	Erkenntnisse der Corporate Governance Diskussion	84
a.	Einheitlicher Ansatz des monistischen Systems	85
b.	Getrennte Struktur im dualistischen System	86
2.	Das Bild der SE-Verordnung von der Verwaltungsstruktur	87
II.	Folgerungen für die SPE	88
Kapitel 4	Das Geschäftsführungsorgan	93
A.	Stellung des Geschäftsführungsorgans der SPE	94
I.	Grundsatz: Konzept der »Restzuständigkeit« des Geschäftsführungsorgans	94
1.	Regelungsansatz der »Restzuständigkeit«	94
2.	Abgrenzungsmodelle des Kommissionsentwurfs und der SPE-Verordnung-RE	95
a.	Einbeziehung des Aufsichtsorgans in die Kompetenzabgrenzung	95
b.	Die Unterscheidung zwischen Art. 27 Abs. 1c UA 2 und 3 SPE-VO-RE	96
c.	Die Anwendbarkeit einzelstaatlichen Rechts	97

d. Funktion der Einbeziehung des einzelstaatlichen Rechts	99
II. Im Besonderen: Zuständigkeiten des Geschäftsführungsorgans in verschiedenen Ausgestaltungstypen der SPE	100
1. Die Vorgaben der SPE-Verordnung-RE:	
Das »Grundmodell« der SPE	100
a. Organisationshandlungen	101
b. Vertretung als Teil der Geschäftsführung	101
c. Wahrnehmung der Unternehmerfunktion	102
aa. Keine Begrenzung durch den Geschäftsführungsbegriff	103
bb. Mögliche Begrenzung der Geschäftsführungskompetenz durch den Unternehmensgegenstand oder die Art und den Umfang der Geschäfte	105
(1) Ausschluss von grundlegenden gesellschaftsbezogenen Entscheidungen	105
(2) Begrenzung der Geschäftsführungskompetenz durch den Unternehmensgegenstand	106
(3) Keine Begrenzung der Geschäftsführungskompetenz auf gewöhnliche Geschäfte	108
d. Kein Weisungsrecht der Gesamtheit der Gesellschafter im »Grundmodell« der SPE	109
aa. Keine eindeutigen Anhaltspunkte in der SPE-Verordnung-RE	111
bb. Kein allgemeiner Grundsatz der Weisungsabhängigkeit der Geschäftsführung im Recht der Privatgesellschaften	113
cc. Ergebnis: Kein vorgegebenes Weisungsrecht	115
2. Einwirkungen des einzelstaatlichen Rechts im fakultativen Gestaltungsbereich	116
3. Gestaltungsmöglichkeiten im Verhältnis zwischen dem Geschäftsführungsorgan und der Gesamtheit der Gesellschafter	118
a. Abweichende Verteilung der Kompetenzen	118
b. Unabdingbarer Kernbereich der Geschäftsführungskompetenz	119
c. Kein Mindestmaß an Geschäftsführungsverantwortung über den Kernbereich hinaus	120

Inhaltsverzeichnis

d.	Schaffung eines satzungsmäßigen Weisungsrechts	122
aa.	Grundsätzliche Zulässigkeit eines satzungsmäßigen Weisungsrechts	122
(1)	Vorgaben des Verordnungstextes	123
(2)	Gestaltungsfreiheit überwiegt	123
bb.	Grenzen des satzungsmäßigen Weisungsrechts	126
cc.	Einzelweisungen mit qualifizierter Mehrheit	127
III.	Zusammenfassung: Weiter Geschäftsbereich und starre Kompetenzgrenzen im Grundmodell der SPE – weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten	128
B.	Insbesondere: Die Vertretungskompetenz des Geschäftsführungsorgans	129
I.	Organschaftliche Vertretungsmacht aller Geschäftsführer	130
II.	Umfang der Vertretungsmacht	131
1.	Grundsätzlich unbeschränkte Vertretungsmacht	131
2.	Einzel- oder Gesamtvertretungsmacht	133
a.	Gesamtvertretung und Gestaltungsmöglichkeiten	133
b.	Unzulässigkeit der unechten Gesamtvertretung	134
3.	Weitere Beschränkungen der Vertretungsmacht	136
a.	Missbrauchstatbestände	136
b.	In-sich-Geschäfte	139
aa.	Regelungen mit gleichem Schutzzweck im Kommissionsentwurf	140
bb.	Geringere Regelungsdichte in Bezug auf Interessenkollisionen in der SPE-Verordnung-RE	142
III.	Empfangsvertretung	143
IV.	Exkurs: Sonstige Zurechnungstatbestände – Willensmängel und Delikt	144
V.	Bevollmächtigung Dritter zur Vertretung der SPE	145
VI.	Abschließende Beurteilung der Vertretungskompetenz des Geschäftsführungsorgans	148
C.	Innerer Aufbau und Funktionsweisen des Geschäftsführungsorgans	148
I.	Zusammensetzung des Geschäftsführungsorgans	149
1.	Bestimmung einer Mitgliederzahl	149
2.	Bestimmung weiterer Kriterien der Zusammensetzung	152
II.	Innere Organisation des Geschäftsführungsorgans	153
1.	Einzel- und Gesamtgeschäftsführungsbefugnis bei mehreren Geschäftsführern	154

2. Ausübung der Geschäftsführungsfunktion als Einzel-	
personen – Einzelgeschäftsführungsbefugnis	156
a. Befugnis zum Handeln als Einzelner	156
b. Verantwortung in Gesamtheit	157
3. Gemeinsame Ausübung der Geschäftsführungsfunktion	
als Gremium	159
a. Keine Vorgaben der Systembegriffe	159
aa. Typische Ausprägungen des Geschäftsführungs-	
organs im monistischen oder dualistischen	
System	160
bb. Begriffsverständnis der SE-Verordnung	161
b. Folgerungen für die SPE	162
c. Ausgestaltung nach einzelstaatlichem Recht	162
4. Geschäftsverteilung im Geschäftsführungsorgan und	
Aufgabenübertragung auf Nicht-Geschäftsführer	164
a. »Befugnisdelegierung« im Kommissionsentwurf	164
b. Wegfall der Bestimmungen über die	
»Befugnisdelegierung« in der SPE-Verordnung-RE	
und daraus abzuleitende Schlussfolgerungen	167
c. Art. 31 Abs. 4 SPE-VO-RE für »Geschäftsführende	
Direktoren«	169
III. Zusammenfassende Bewertung der Gestaltungsmöglichkeiten	
für das Geschäftsführungsorgan	170
D. Abschließendes zum Geschäftsführungsorgan	173
Kapitel 5 Das Aufsichtsorgan	175
A. Beweggründe für die Einrichtung eines Aufsichtsorgans in der	
SPE	175
B. Normrahmen für das Aufsichtsorgan	177
C. Unabdingbare Wesensmerkmale des Aufsichtsorgans: effektive	
Kontrolle	178
I. Begriffsverständnis in der Corporate Governance	
Diskussion und der SE-Verordnung	179
II. Verkehrserwartungen an ein Aufsichtsorgan	180
III. Folgerungen für die SPE	181
IV. Tatbestandsvoraussetzungen des Aufsichtsorgans	182
D. Die Aufgaben des Aufsichtsorgans	183
I. Die Überwachungsaufgabe	183
1. Überwachung des Geschäftsführungsorgans	183

Inhaltsverzeichnis

2. Korrespondierende Informationsrechte	185
II. Unternehmerische Mitentscheidung	186
1. Keine Entscheidungs- und Weisungsrechte	186
2. Zulässigkeit von Zustimmungsvorbehalten	187
III. Sonstige Kompetenzen: Feststellung des Jahresabschlusses, Personalkompetenz und Vertretung der SPE	189
E. Verhältnis des Aufsichtsorgans zur Gesamtheit der Gesell- schafter	191
F. Aufbau und Funktionsweisen des Aufsichtsorgans	192
I. Zusammensetzung	192
1. Anzahl der Mitglieder	192
2. Personelle Zusammensetzung und Inkompatibilitäten	194
a. Repräsentation im Aufsichtsorgan	194
b. Inkompatibilitäten	195
aa. Das Modell der Aktiengesellschaften	195
bb. Meinungsstand bei der GmbH	196
cc. Stellungnahmen zur Rechtslage bei der SPE	196
c. Organmitgliedschaft in (Konkurrenz-)Unternehmen	198
II. Innere Organisation	200
G. Abschließendes zum Aufsichtsorgan	201
Kapitel 6 Die Einrichtung sonstiger Organe: Beiräte	203
A. Ausformungen und Grundlagen von Beiräten	203
B. Einrichtung von Beiräten bei der SPE	204
Kapitel 7 Die Verwaltungsmitglieder	209
A. Voraussetzungen des Amtes	209
I. Kein Grundsatz der Selbstorganschaft	210
II. Beschränkung auf natürliche Personen	211
1. Vorteile durch juristische Personen als Verwaltungs- mitglieder im Konzern	211
2. Ablehnende Tendenz und Bedenken	212
3. Alternative Gestaltungen im Konzern	214
III. Gesetzliche Bestellungshindernisse	216
1. Das Konzept der SPE-Verordnung-RE	216
a. Ausschluss aufgrund des Gesetzes	216
b. Ausschluss aufgrund eines Gerichts- oder Verwaltungsurteils	218
2. Im Vergleich: Europaweite Inhabilität im Kommissionsentwurf	219

a.	Auslegung des Art. 30 Abs. 3 SPE-VO-KE	219
b.	Bedeutung der europaweiten Inhabilität für die SPE	219
c.	Mängel des Art. 30 SPE-VO-KE	221
3.	Alternativvorschlag	222
4.	Ergänzung um Beschränkungsregelung	222
IV.	Satzungsmäßige Auswahlkriterien	223
V.	Nichtigkeit der Bestellung bei Bestellungshindernissen	224
VI.	Haftung der Gesellschafter für amtsunfähige Verwaltungsmitglieder	225
B.	Beginn und Ende des Amtes	227
I.	Bestellung und Abberufung durch Gesellschafterbeschluss	227
II.	Gestaltungsmöglichkeiten durch nicht-ausschließliche Gesellschafterkompetenz	229
C.	Amt und Anstellung	230
D.	Faktische Verwaltungsmitglieder	232
I.	Ziele einer Regelung über »faktische Verwaltungs- mitglieder«	232
II.	Für und Wider einer Regelung auf Verordnungsebene	234
III.	Der Regelungsvorschlag des Kommissionsentwurfs	236
1.	Beschränkung des Wortlauts auf faktische Verwaltungsmitglieder	236
2.	»Agieren« als Verwaltungsmitglied	237
a.	Kriterien und erforderliche Handlungsdichte	237
b.	Insbesondere: Beeinflussung durch Hintermänner	240
aa.	Wortlaut und Entstehungsgeschichte	240
bb.	Sinn und Zweck der Regelung	241
cc.	Beurteilungskriterien	243
3.	Einflussnahme durch juristische Personen	243
4.	Rechtsfolge	244
IV.	Regelungsüberlegung in Anlehnung an die Rechtsfigur des <i>shadow director</i>	244
E.	Abschließendes zu den Verwaltungsmitgliedern der SPE	246
Kapitel 8	Pflichten und Haftung der Verwaltungsmitglieder	249
A.	Überwiegende Gründe für die Aufnahme von Pflicht- und Haftungstatbeständen in das SPE-Statut	249
B.	Möglichkeiten einer Verordnungsregelung: Die Pflicht- und Haftungstatbestände des Kommissionsentwurfs	253
I.	Das Pflichtenprogramm des Kommissionsentwurfs	253

Inhaltsverzeichnis

1. Grundausrichtung der Pflichten auf die Förderung der Interessen der SPE	253
2. Zwei Grundpflichtgruppen im Rahmen der allgemeinen Interessenförderungspflicht	256
a. Einhaltung der für die SPE geltenden Vorschriften	257
aa. Die Vorschriften des SPE-Statuts, des maßgeblichen einzelstaatlichen Rechts und der Satzung	257
bb. Die für die SPE geltenden Vorschriften des allgemeinen Verkehrsrechts	258
b. Ordnungsgemäße Führung des Unternehmens der SPE	260
aa. Grundsätzliches	260
bb. Insbesondere: Haftungsfreiraum durch eine Business Judgment Rule	262
3. Strengere Standards bei Interessenkollisionen	264
a. Interessenförderungspflicht und Interessenkollisionen	264
b. Hoher Schutzstandard der Pflicht zur Vermeidung von Interessenkonflikten	265
c. Folgen einer Konfliktsituation	266
d. Einzelfälle der Interessenkonflikte	267
aa. Wettbewerbssituationen	267
bb. Tätigkeiten für ein nicht konkurrierendes Handelsgewerbe	268
cc. Doppelte Organmitgliedschaft	269
dd. In-sich-Geschäfte	270
4. Zwischenstand: Das Pflichtenprogramm der Verwaltungsmitglieder nach dem Kommissionsentwurf	270
II. Fehlende Ergänzung durch insolvenzbezogene Pflichttatbestände	271
1. Anwendbare Vorschriften auf Grundlage des Kommissionsentwurfs	271
2. Alternative: Einheitlicher Tatbestand nach Vorbild des <i>wrongful trading</i>	275
III. Haftungsregelungen	276
1. Haftungsgrundlagen: Pflichtverstoß und Sorgfaltswidrigkeit als Verschuldenselement	277
2. Ausschlusstatbestände	279
3. Haftungsausfüllung nach §§ 249 ff. BGB und gesamtschuldnerische Haftung	280
4. Beweislast	280
5. Durchsetzung der Haftungsansprüche	281

a.	Durchsetzung im Außenverhältnis	281
b.	Entscheidung im Innenverhältnis	282
c.	Geltendmachung von Ansprüchen durch einzelne Gesellschafter	283
6.	Bewertung des Haftungsregimes	285
C.	Zusammenfassung	286
Kapitel 9	Die Verwaltung in besonderen Situationen	289
A.	Liquidation und Insolvenz	289
I.	Die Verwaltung in der Insolvenz	289
II.	Die Verwaltung in der Liquidation	290
B.	Fehlen einer (ordnungsgemäßen) Verwaltung	291
Kapitel 10	Die Gesamtheit der Gesellschafter	293
A.	Die »Gesamtheit der Gesellschafter« als Willensbildungsorgan der SPE	293
I.	Abgrenzung zu den Gesellschaftern als Trägern von Individualrechten	294
II.	»Gesamtheit der Gesellschafter« statt »Gesellschafterversammlung«	294
B.	Zwingende Zuständigkeiten im Rahmen der Willensbildung in Angelegenheiten der Gesellschaft	297
I.	Allgemeine zwingende Beschlussgegenstände	298
1.	Feststellung des Jahresabschlusses, Art. 28 Abs. 1	
lit. d) SPE-VO-RE		298
a.	Grundsätzliche Gesellschafterkompetenz	298
b.	Öffnungsklausel für das einzelstaatliche Recht	299
2.	Ausschüttungen an die Gesellschafter, Art. 28 Abs. 1	
lit. e) SPE-VO-RE		301
a.	»Ungeteilte« Gesellschafterkompetenz	302
b.	Inhaltliche Anforderungen an den Ausschüttungs- beschluss	303
c.	Ausreichende Flexibilität bei der Ausschüttungs- kompetenz	304
3.	Personalkompetenz	307
II.	Beschlussgegenstände in Grundsatzfragen	307
1.	Änderung der an die Geschäftsanteile gebundenen Rechte und Pflichten	308
a.	Änderung von Rechten und Pflichten	308

Inhaltsverzeichnis

b.	Keine besondere Zustimmung bei Änderung der an die Geschäftsanteile gebundenen Pflichten	309
aa.	Das Modell des Kommissionsentwurfs	309
(1)	Pflichtänderung als Satzungsänderung	309
(2)	Pflichtänderung als individualzustimmungspflichtige nachteilige Änderung der Rechtsposition	310
bb.	Das Modell der SPE-Verordnung-RE im Vergleich	311
c.	Sonderbeschluss bei »ungleichen« Änderungen	312
aa.	Grundsatz: Zustimmender Sonderbeschluss	313
bb.	Bewertung des Regelungsansatzes	314
cc.	Korrekturbedarf	316
(1)	Bezug auf die mit den Geschäftsanteilen verbundenen Stimmrechte	316
(2)	Bestimmung der »Betroffenen«	316
d.	Individuelle Zustimmung bei Vinkulierungen	317
2.	Erwerb eigener Geschäftsanteile, Art. 28 Abs. 1 lit. f) SPE-VO-RE	319
3.	Erhöhung und Herabsetzung des Gesellschaftskapitals, Art. 28 Abs. 1 lit. g) und h) SPE-VO-RE	320
4.	Verlegung des eingetragenen Sitzes in einen anderen Mitgliedstaat, Art. 28 Abs. 1 lit. k) SPE-VO-RE	321
III.	Zusammenfassende Bewertung der Zuständigkeitsregeln für die Gesamtheit der Gesellschafter	323
C.	Mehrheitserfordernisse	324
I.	Allgemein zwingende Beschlüsse	324
II.	Grundlagenbeschlüsse	325
III.	Beschlüsse auf Grundlage der Satzung und des einzelstaatlichen Rechts	327
D.	Beschlussverfahren	327
I.	Einheitliche Geltung der Regelungen über das Beschlussfassungsverfahren	328
II.	Wahl der Methode der Beschlussfassung	329
1.	Kein Zwang zur Präsenzversammlung	329
2.	Präsenzversammlung als Minderheitenrecht	331
3.	Beschlüsse jenseits des satzungsmäßigen Verfahrens	332
III.	Stimmrecht und dessen Ausübung	333
1.	Grundsatz	333
2.	Keine Stimmverbote im Einzelfall	335

IV. Einleitung des Beschlussverfahrens	337
1. Ausarbeitung der Beschlussvorlagen	337
a. Grundsätzliche Initiativzuständigkeit des Geschäftsführungsorgans	337
b. Vorlagerecht der Gesellschafter als Minderheitsrecht	339
2. Übermittlung der Beschlussvorlagen	340
a. Übermittlung durch das Geschäftsführungsorgan	340
b. Übermittlungsfrist	341
c. Mitteilungsinhalt	341
d. Form der Übermittlung	342
V. Abschluss des Beschlussverfahrens und Wirksamwerden der Beschlüsse	343
1. Abschluss des Beschlussverfahrens	343
2. Wirksamwerden der Beschlüsse	344
E. Beschlussmängel und deren Folgen	345
I. Mangelhafte Beschlüsse	346
1. Abgrenzung zwischen Ordnungsrecht und einzel- staatlichen Bestimmungen	346
2. Gründe für eine Mangelhaftigkeit	346
a. Verstoß gegen ausdrückliche Bestimmungen der Verordnung oder der Satzung	346
b. Verstöße gegen einzelstaatliches Recht	347
c. Ungeschriebene Beschlussgrenzen	348
aa. Gleichbehandlungsgrundsatz	349
bb. Verstoß gegen eine »Treuepflicht«	349
(1) Die gesellschaftliche Treuepflicht des deutschen Rechts	351
(2) Vergleichbare Ansätze im englischen und französischen Recht	353
(a) Unfair prejudicial conduct im englischen Recht	353
(b) Missbrauch von Mehrheits- bzw. Minderheitsmacht im französischen Recht	355
(3) Ansatzpunkte bei der SPE	356
(a) Ansätze im Statut der SPE	356
(aa) Das »qualifizierte Mehrheitsprinzip«	356
(bb) Festgeschriebene Satzungsrechte	357
(cc) Das Austritts- und Ausschlussrecht als <i>ultima ratio</i>	357

Inhaltsverzeichnis

(i)	Keine ausreichende Problembewältigung durch das Austrittsrecht gemäß Art. 18 SPE-VO-KE	358
(ii)	Keine ausreichende Problembewältigung durch das Ausschlussrecht gemäß Art. 17 SPE-VO-KE	359
(b)	Rückgriff auf allgemeine gemeinschaftsrechtliche Rechtsgrundsätze	360
(4)	Zusammenfassende Würdigung zur »Treuepflicht«	362
II.	Prozessuales Vorgehen der Gesellschafter	363
1.	Verweisung in das einzelstaatliche Recht	364
a.	Abgrenzung von Beschlussmängeln und dem Recht zur Anfechtung	364
b.	Verweisung auf das einzelstaatliche System zur Geltendmachung von Beschlussmängeln	365
2.	Bewertung und das Alternativmodell des Europäischen Parlaments	366
F.	Zusammenfassende Bewertung der Regelungen über die Gesellschaftergesamtheit	368
Kapitel 11	Abschließende Bewertung	371
A.	Auswirkungen der geringen Regelungsdichte	371
B.	Teilweise unklare Terminologie	371
C.	Organe und Organisationsstruktur	372
D.	Das Geschäftsführungsorgan	373
E.	Das Aufsichtsorgan und Beiräte	374
F.	Die Verwaltungsmitglieder	375
G.	Die Gesamtheit der Gesellschafter	376
H.	Zuletzt	377
	Quellen- und Literaturverzeichnis	379